

B e s c h l u s s

aus der 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Kreisstadt Euskirchen

am Donnerstag, 18.02.2021.

Tagesordnungspunkt:

5.15 Stadt Euskirchen wird sicherer Hafen hier: Antrag der Fraktion Die Linke vom 05.02.2021

FA-18/20

21

StV Kaya erklärt, dass viel über Kinderfreundlichkeit gesprochen würde, aber trotzdem Flüchtlingskinder schlimme Schicksale auf der Flucht ereilten. Er freue sich, wenn die anderen Parteien den multikulturellen Gedanken des Antrages unterstützen würden.

StV Kroll weist darauf hin, dass ihre Fraktion den Antrag so unterstützen würde, allerdings die Vorbesprechungen gezeigt hätten, dass nicht alle Fraktionen diesem Antrag folgen würden. Deshalb würde man im Falle der Ablehnung des Antrages einen zweiten Antrag zur Abstimmung stellen.

StV Vossemer erklärt, dass die Seenotrettung keine kommunale Aufgabe sei. Die Stadt Euskirchen, besonders der Fachbereich unter der bisherigen Leitung von Herrn Jaax, habe da viel geleistet. Die Aufnahme über den Schlüssel hinaus berge die Gefahr sinkender Akzeptanz. Man könne aus grundsätzlichen Gründen die vom Antrag geforderten Dinge nicht leisten und deshalb lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Laut der Erinnerung von StV van Bahlen hätte der Antrag im Ausschuss für Generationen und Soziales und im Integrationsrat mit entsprechenden Zahlen von der Verwaltung diskutiert werden sollen. Mit dem Antrag der Fraktion Die Grünen könne man aber leben.

StV van Bonn erachtet den Antrag für wichtiger als vieles andere, was sich auf der Tagesordnung befunden habe. Die Beratung in den Fachgremien wäre sinnvoll gewesen, aber da diese nicht getagt hätten, hätte sie eben auch nicht stattfinden können. Selbst wenn eine Stadt wie Euskirchen die Anforderungen des Antrages erfüllen würde, habe dieser hauptsächlich Signalwirkung.

StV Höllmann erklärt, den Beschlusstext könne man mittragen, aber die ausformulierten acht Punkte wolle man nicht in allen Einzelheiten mittragen, weil viele Dinge die Stadt Euskirchen nicht betreffen und teils nicht erfüllbar seien. Man würde Dinge versprechen, die man nicht einhalten könne.

StV Burkart sieht die Zuständigkeit beim Bund. Deutschland habe sich mehr als genug engagiert.

StV Elpelt weist darauf hin, dass StV Hegeler von den Linken versucht habe, mit den Fraktionen über die einzelnen Punkte zu diskutieren. Es hätte die Möglichkeit gegeben, einen Konsens zu finden. Es sei nicht galant, den Linken den Antrag nicht zu gönnen. Sie schlägt deshalb vor, über die Punkte einzeln abzustimmen.

BM Reichelt regt an aus Gründen der Zeitersparnis, dann nicht namentlich abzustimmen.

StV Kaya schließt sich dem an und nennt einige Städte als Beispiel, die ähnlich verfahren

sind.

StV Kroll erklärt, ihre Fraktion hätte bei der letzten Beratung dem Antrag schon zugestimmt und deshalb eigentlich keinen Beratungsbedarf mehr. Das Thema sei aber so wichtig, dass man auf jeden Fall wolle, dass Euskirchen in den Kreis der Städte eintrete, die die Aktion unterstützen. Aus diesem Grund habe man den zweiten Antrag orientiert an den Entscheidungen anderer Städte, die beigetreten sind, entworfen. Man wolle die Arbeit der Fraktion der Linken nicht schmälern.

Beschluss:

1. Sicherer Hafen

Die Stadt Euskirchen erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 9 dagegen, 0 Enthaltungen

Beschluss:

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

Die Stadt Euskirchen positioniert sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich daran.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 14 dagegen, 1 Enthaltungen

Beschluss:

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Stadt Euskirchen stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Stadt Euskirchen mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 9 dagegen, 2 Enthaltungen

Beschluss:

4. Unterstützung für Aufnahmeprogramme

Die Stadt Euskirchen begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber dem Bundesland NRW und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.

a) Die Stadt Euskirchen fordert die Regierung von NRW auf, dass sie ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gemäß § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz einführen darf und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.

b) Die Stadt Euskirchen fordert die Regierung von NRW und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gemäß § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz und anderen Programmen zur sicheren Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 9 dagegen, 2 Enthaltungen

Beschluss:

5. Solidarische Stadt

Die Stadt Euskirchen tritt für Bleibeperspektiven ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen ein. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 14 dagegen, 0 Enthaltungen

Beschluss:

6. Kommunales Ankommen gewährleisten

Die Stadt Euskirchen sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe sicherstellt.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 14 dagegen, 0 Enthaltungen

Beschluss:

7. Kommunales Bündnis "Städte Sicherer Häfen"

Die Stadt Euskirchen setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 9 dagegen, 2 Enthaltungen

Beschluss:

8. Transparenz

Die Stadt Euskirchen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicherem Hafen wird. Sie informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 9 dagegen, 0 Enthaltungen